

Blick nach vorne in welche Richtung? Stadtentwicklung für und mit Geflüchteten im Praxistest in Berlin-Marzahn und Berlin- Gropiusstadt

Sommerfeld, Sophie; Hillmann, Felicitas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sommerfeld, S., & Hillmann, F. (2019). Blick nach vorne in welche Richtung? Stadtentwicklung für und mit Geflüchteten im Praxistest in Berlin-Marzahn und Berlin-Gropiusstadt. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 32(2), 69-76. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64114-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Sophie Sommerfeld, Felicitas Hillmann

Blick nach vorne in welche Richtung? Stadtentwicklung für und mit Geflüchteten im Praxistext in Berlin-Marzahn und Berlin-Gropiusstadt

Der Beitrag beschäftigt sich mit den Folgen der seit 2014 gestiegenen Zahl von aufgenommenen Geflüchteten für die integrative Quartiersarbeit im Rahmen des Stadtentwicklungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Untersucht wird die Situation in den beiden sogenannten „benachteiligten“ Berliner Quartiere Gropiusstadt und Marzahn Nord, wobei der Fokus auf den Aktivitäten des Berliner Quartiersmanagements und der lokaler Quartiersarbeit liegt. Welche innerstädtischen Integrationsprozesse und welches Innovationspotential wurden durch die verstärkte (Flucht-)migration lokal ausgelöst? In sozialgeographischer Perspektive wird den verschiedenen Facetten der migrationsbezogenen Stadtentwicklungspraxis nachgegangen. Wie wirkte sich die starke Fluchtmigration in einem kurzen Zeitraum auf die Quartiersarbeit und das Quartier aus? Welche unterschiedlichen Entwicklungen gibt es zwischen den beiden Quartieren?

Lisa Sophie Sommerfeld

Master of Arts, seit 2019 an der Technischen Universität Berlin, am Institut für Stadt- und Regionalplanung, Themenschwerpunkte: Migration und Stadtentwicklung, Quartiersforschung, Raumkonstruktion und –produktion, Mental Maps, Partizipation und Empowerment in der Sozialen Stadt

Prof. Dr. Felicitas Hillmann

seit 2015 Abteilungsleiterin „Regenerierung von Städten“ am Leibniz-Institut für raumbezogene Sozialforschung in Erkner und gemeinsam berufene Professorin mit dem Fachgebiet „Urbane Transformation in internationaler Perspektive“ an der TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung. Arbeitsgebiete: Stadtentwicklungsforschung, Migration, Umweltwandel.

Schlüsselwörter:

strukturelle Benachteiligung – Berlin – Fluchtmigration – Geflüchtete – Interview – integrative Quartiersarbeit – Quartiersmanagement – Soziale Stadt – Sozialraum – Stadtentwicklung

Mit der stark gestiegenen Zahl an gestellten Asylanträgen in Deutschland auf ca. 1,2 Millionen in den Jahren 2015 und 2016 (davon 745.545 im Jahr 2016, darunter 722.370 Erstanträge, vgl. BAMF 2016: 3 f. u. 11), insbesondere von Personen aus den Ländern Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea (ebd.: 8), nahmen kontrovers geführte politische Debatten und Medienberichterstattungen sowie auch wissenschaftliche Auseinandersetzungen über die Umstände und Bedingungen der Aufnahme und Integration Geflüchteter aus Krisen- und Kriegsgebieten zu.

Der Diskurs über die Fluchtmigration wie auch die Verarbeitung dieser Zuwanderung auf kommunaler Ebene teilte sich von Anfang an in verschiedene Unterdebatten. Vordergrund existierte eine polarisierende Auseinandersetzung um die konkreten Fragen der Aufnahme, Erstversorgung, Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Besondere Aufmerksamkeit erhielt dabei die Position der zivilgesellschaftlichen Akteure im Aufnahmeprozess. Während einerseits auf die verstärkte Fluchtmigration mit der Initiierung von sozialen Projekten und einer Zunahme ehrenamtlicher Tätigkeiten reagiert wurde, erstarkte gleichzeitig eine bereits in Teilen der Bevölkerung latent angelegte politische Angstdebatte. Insbesondere durch Kampagnen rechtspopulistischer Parteien wurden und werden xenophobe Haltungen in der (Zivil-) Gesellschaft bestärkt, in deren Folge es allein im Jahr 2016 zu einem erheblichen Anstieg gewalttätiger An- und Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünfte (995 registrierte Fälle) und Geflüchtete (2.561 registrierte Fälle) kam (vgl. ZEIT ONLINE 2019). Der vor kurzem verübte Mord an Walter Lübcke, dem Kasseler CDU-Politiker, der deutliche Worte gegen menschenfeindliche Übergriffe fand, offenbart zusätzlich die Kontinuität rechtsextremer Netzwerke, die das Flüchtlingsthema zur populistischen Aufwiegelung benutzen.

Inzwischen tritt in der allgemeinen Debatte immer deutlicher in den Vordergrund, dass anlässlich der seinerzeit extremen Zuwanderung im Grunde über seit langem anstehende bzw. von der Politik verschleppte gesamtgesellschaftliche Fragen verhandelt wurde. Mittlerweile wird vor allem über zwei Themen intensiv diskutiert: erstens über das Fehlen bezahlbaren Wohnraumes und die Zunahme an Wohnspekulation mit den entsprechenden Verdrängungseffekten auf den städtischen Wohnungsmärkten; zweitens über die insgesamt zu beobachtende stärkere sozio-ökonomische Spaltung der Gesellschaft, die sich in einem deutlichen Stadt-Land-Gegen-

satz niederschlägt, und die damit verbundene Auseinanderentwicklung in unterschiedlichste gesellschaftliche Milieus. So belegen die Studien von Bertelsmann, DIW und FES zwar einen Schwund der gesellschaftlichen Mitte, doch stellen sie keine automatische Verbindung zur Einwanderung her. Im Gegenteil: Migration wird hier eher als Chance gesehen, dem dräuenden Fachkräftemangel zu begegnen.

In diesem Beitrag wird die These entwickelt, dass die „Flüchtlingskrise“ auch einen innovativen Schub in Stadtentwicklungsplanung und -praxis ausgelöst hat. Im Zentrum des Interesses steht daher die Frage, an welchen Punkten der Stadtentwicklungspolitik und -praxis Migration und Flucht Veränderungen in der Arbeitsweise der beteiligten Akteure erzeugt hat. Besondere Betonung finden die Impulse, die von der Zivilgesellschaft ausgingen und die Abläufe der Stadtentwicklungspraxis temporär modifizierten. Angenommen wird, dass diese Modifikationen, z. B. durch die integrative Quartiersarbeit, zu einer verbesserten Zusammenarbeit insgesamt beitrugen. Empirisch stützt sich die hier präsentierte Analyse auf zwei Extremfälle in der Bewältigung der „Migrationskrise“ in Berlin (Marzahn Nord-West und Gropiusstadt in Neukölln). Es handelt sich um zwei Quartiere, die im innerstädtischen Vergleich seit langem besonders starke sozialräumliche Problemlagen aufweisen. Die empirische Untersuchung ging von der Annahme aus, dass aufgrund des verstärkten Fokus integrativer Quartiersarbeit auf so genannte „benachteiligte“ Quartiere und deren Alltagsrealität und dem damit verbundenen Ziel einer Aktivierung der Stadtbewohnerschaft gerade die Quartiersarbeit einen wesentlichen Beitrag zu einer Demokratisierung und Gemeinwohlorientierung der Stadtentwicklung insgesamt leistet. Zwei Fragen wurden empirisch bearbeitet¹:

- Wie wirkte sich die starke Fluchtmigration in einem kurzen Zeitraum auf die Kontextbedingungen bezüglich der sozialraumbezogenen, integrativen Quartiersarbeit und somit konkret auf die Arbeit im Quartier aus?
- Welche Unterschiede ergeben sich zwischen verschiedenen bereits als „benachteiligt“ eingestuften Quartieren?

Im Folgenden werden zur Beantwortung dieser Fragen die Befunde einer diesbezüglichen Untersuchung in zwei Quartieren der „Sozialen Stadt“ präsentiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich die Situation in beiden Gebieten inzwischen zwar insgesamt beruhigt hat, dass jedoch die Überwindung struktureller Benachteiligung einen langen Atem erfordert. Dieser Beitrag stellt zunächst Fallauswahl und Methodik vor (Abschnitt 1). Es folgt eine Darstellung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse (Abschnitt 2) und eine Bezugnahme auf das Programm Soziale Stadt (Abschnitt 3). Das Fazit ordnet die empirischen Befunde in die aktuelle Debatte ein.

1 Fallauswahl und Methodik

Studien zeigen, dass der Fokus die lokale Ebene und die dort verankerte Lebensweltorientierung in Zusammenhang mit der insgesamt gestiegenen Bedeutung der Mikro- und Mesoebene für stadtentwicklungspolitische Interventionen in Zusammenhang stehen (vgl. Stegen 2006; Schnur et al. 2013; Franke, Schnur u. Patrick 2017). Quantitative Erhebungen wie

das SVR-Integrationsbarometer zeigen überdies, dass das Integrationsklima in einem Stadtteil deutlich positiver eingeschätzt wird, wenn ein häufiger Kontakt zwischen unterschiedlichen Gruppen besteht. Mehr Kontakt bedeutet zwar nicht unbedingt den Abbau von Vorurteilen, aber er beinhaltet zumindest die Chance eines Austauschs (SVR 2019: 126 f.). Insbesondere im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sind Investitionen politisch-programmatisch daher auch auf die Stärkung der Gemeinwesenspotenziale und die Quartiersebene als Integrationskontext gerichtet. Gerade die kosmopolitischen Städte mit ihrer Vielfalt an Migrations- und Mobilitätsformen stehen hier vor besonderen Herausforderungen (Hillmann u. Alpermann 2018).

Für eine empirische Untersuchung bot es sich an, die möglichen Auswirkungen der erhöhten Zahl von aufzunehmenden Geflüchteten seit 2014/2015 auf die integrative Quartiersarbeit in „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ in Berlin einmal näher zu betrachten. Ausgewählt wurden die Quartiersmanagementgebiete Gropiusstadt im Westberliner Stadtbezirk Neukölln Gropiusstadt/Lipitzschallee (im Folgenden als QMG W bezeichnet) und Marzahn Nord/West im Ostberliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf (im Folgenden als QMG O bezeichnet). Es handelt sich bei diesen beiden Quartieren aufgrund ihres aktuell bereits relativ hohen Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund, ihrer Bebauung, den Wahlergebnissen der Bundestagswahl 2017 und ihrer relativen Randlage innerhalb der Stadt Berlin um vergleichbare Quartiere. Jedoch haben sie eine unterschiedliche Entwicklungs- und Migrationsgeschichte durch ihre Lage in ehemals West- bzw. Ostberlin. Abgesehen von der relativen Randlage in der Stadt und der Hochhausbebauung mit einem ehemals hohen Anteil an Sozialwohnungen in Großwohnsiedlungen, belegen die aktuellen kleinräumigen Statistiken im Vergleich mit Gesamtberlin eine abweichende demografische Struktur sowie die Präsenz einer ökonomisch schlechter gestellten Bevölkerung.

Vergleicht man die beiden ausgewählten Gebiete miteinander, so fällt auf, dass die Hälfte der Bewohner*innen 2018 im QMG W einen Migrationshintergrund besitzt, im QMG O hingegen nur jede*r Vierte. Auch die altersmäßige Bevölkerungszusammensetzung zeigt klare Unterschiede: Im QMG W ist der Anteil der älteren Bevölkerung höher (26,6 % aller Bewohner*innen) als im QMG O (13,8 %). Entsprechend finden sich im QMG W mehr Kinder und Jugendliche (11 % der Einwohnerschaft) als im QMG O (7 % der Einwohnerschaft).

Die zugewanderte Bevölkerung in den beiden Gebieten stammt aus unterschiedlichen Herkunftsregionen. Den größten Anteil an der zugewanderten Bevölkerung im QMG O machen 2018 mit knapp 48 % die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion aus, darunter viele Spätaussiedler*innen, die als ursprünglich deutsche Siedler im zaristischen Russland lebten und mit dem letzten Zuwanderungskontingent nach Berlin kamen. Weitere 15 % der heute dort registrierten Bewohner*innen gehen auf die Anwerbungen der DDR aus Vietnam zurück. Ganz anders sieht die Bevölkerungszusammensetzung im QMG W aus: Hier kommt der überwiegende Teil (48 %) der zugewanderten Bevölkerung aus mehrheitlich islamisch geprägten Ländern, 30 % hiervon aus der Türkei, einem der wichtigsten Anwerbeländer des bundesdeutschen Gastarbeitersystems. Auch leben im Neuköllner Quartier mehr Zuwander*innen aus der EU, insbesondere aus Polen.

Die vorhandenen Daten bezüglich des Sozialstatus der Bewohnerschaft zeigen, dass rund 10 % aller Bewohner*innen in beiden Quartieren arbeitslos gemeldet sind (d. h. Unterstützung nach SGB II und III erhalten), wobei 3 % beider Quartiersbewohnerschaften durch Langzeitarbeitslosigkeit geprägt sind. In beiden Untersuchungsgebieten beziehen zudem etwas mehr als die Hälfte aller dort lebenden Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren Transferleistungen.

Beide Stadtteile sind von bereichsübergreifenden Infrastrukturdefiziten geprägt, was sich unter anderem in einem Anstieg rechtskonservativen Wahlverhaltens bemerkbar macht (bei der Europawahl 2019: Marzahn NordWest mit rund 24 % AfD, Gropiusstadt mit rund 17 % AfD, Amt f. Statistik u. Wahlen BB 2019).

Im Zuge der starken Fluchtmigration erhielten beide Gebiete Unterkünfte für geflüchtete Menschen. Im QMG W wurde eine Wohncontaineranlage in Form eines Tempohome mit 126 Wohneinheiten für jeweils 4–8 Personen aufgestellt, wobei eine Nutzungsdauer von drei Jahren anvisiert war. Platziert war dieses 2017 in einer Randlage zum QM und wurde von der milaa gGmbH betrieben. Dort lebten 393 neue Stadtbewohner*innen. Im QMG O wurde anders verfahren. Dort errichtete man eine modular gebaute Gemeinschaftsunterkunft (MUF) mit langfristiger Nutzungsperspektive. 2017 lebten dort 450 geflüchtete Menschen in drei fünfgeschossigen Häusern mit Innenhof und Grünanlage. Betrieben wurde die MUF von der Norge AS.

Die hier präsentierten Daten wurden im Rahmen einer Masterarbeit erhoben. Die Befunde basieren auf der Durchführung von 14 Interviews in den beiden Untersuchungsgebieten. Um die Erfahrungen und Wahrnehmungen der unterschiedlichen institutionellen Akteure wie auch der zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen Akteure besser einschätzen zu können, wurden die Interviewpartner*innen in zwei Gruppen unterteilt. In Gruppe A wurden diejenigen eingeordnet, die auf Bezirksebene oder in den Quartiersmanagementgebieten auftrags- und honorargebunden tätig und an der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ direkt und/oder indirekt beteiligt (hier als „Profis“ bezeichnet) waren. Hierzu zählten: Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes und des Quartiersmanagements (insgesamt 4 Interviews). Zur Gruppe B gehörten alle diejenigen Akteure, die ehrenamtlich oder auftrags- und honorargebunden in der integrativen Quartiersarbeit in den beiden QM-Gebieten tätig waren und deren Arbeit u. a. durch das Programm „Soziale Stadt“ unterstützt wurde (hier als „Freie“ bezeichnet). Die Arbeit dieser Interviewpartner*innen sollte somit einen direkten oder indirekten Bezug zur Umsetzung der „Sozialen Stadt“-Programmatik aufweisen können. Die „Freien“ nahmen also einerseits eine relativ unabhängige Position hinsichtlich der Bewertung des „Soziale-Stadt-Programms“ ein, waren jedoch zugleich von den „Profis“ in Bezug auf deren inter-institutionelle Entscheidungskompetenz (bzgl. Planung und Umsetzung von Maßnahmen), Finanzen, Personal, rechtliche Unterstützung etc. abhängig. Hierzu gehörten: Quartiersratsmitglieder mit zusätzlich ehrenamtlichem Engagement im Quartier, Mitarbeiter*innen von Vereinen oder Projekten mit dem Schwerpunkt „Integrationsarbeit und Interkulturelle Vermittlung“ und Mitarbeiter*innen von Vereinen oder Projekten mit dem Schwerpunkt „Selbsthilfe, Familienunterstützung und Nachbarschaftliche Netzwerke“.

Zwei Auswahlkriterien waren für diese Gruppe der „Freien“ maßgeblich: Es sollte sich um relativ exponierte, engagierte Akteure der aktiven Quartiersarbeit vor Ort handeln, die gut vernetzt und sozialraumorientiert arbeiteten und deren Aussagen auf alltäglichen Erfahrungen beruhten. Darüber hinaus sollten sie auf einen Erfahrungszeitraum von mindestens drei bis fünf Jahren im jeweiligen Quartier zurückschauen. Nur so konnten sie Veränderungen in der täglichen Handlungspraxis auch wahrnehmen (insgesamt 10 Interviews).

Man konnte davon ausgehen, dass es direkte und indirekte Auswirkungen der verstärkten Aufnahme Geflüchteter auf die Quartiersarbeit geben würde. Als direkte Auswirkungen wurden primär klassifiziert: Veränderungen in der Arbeit- und Kommunikationsweise, im Aufgabenspektrum, in den zur Verfügung stehenden Ressourcen und der Zeiteinteilung sowie Veränderungen der Netzwerke. Als indirekte Auswirkungen wurden angenommen: bereits vor der verstärkten Fluchtmigration bestehende gesellschaftliche und stadtentwicklungspolitisch zu lösende Problemlagen wie bereichsübergreifende Infrastrukturdefizite, stagnierende bis rückgängige wirtschaftliche Aktivitäten, Wohnungsmangel, eine Tendenz zur strukturellen Benachteiligung der Bewohnerschaft am Arbeitsmarkt, der Wegzug relativ einkommensstarker Haushalte. Aber auch diffuse lokale und gesamtstädtische Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsmechanismen sowie bestehende Existenzängste und damit verbundene Konkurrenz- und Neidgefühle von Teilen der Bewohnerschaft fielen in diese Kategorie. Ebenso wurden Tendenzen der Bewohnerschaft zur eingeschränkten sozialen und räumlichen Mobilität und somit zu relativ hoher Abhängigkeit von Strukturen, Angeboten und Akteuren vor Ort hierunter gefasst. Wahrscheinlich bedeutete die verstärkte Aufnahme Geflüchteter, dass die Voraussetzungen für eine Aktivierung der Bewohner*innen durch die Quartiersarbeit in den beiden Untersuchungsgebieten zusätzlich erschwert wurde. Die in der Literatur immer wieder beschriebene Tendenz eines Rückzugs und einer fehlenden Erreichbarkeit der Bewohnerschaft würde möglicherweise noch ausgeprägter sein als zuvor. In beiden Untersuchungsgebieten war das ehrenamtliche Engagement bereits eingeschränkt. Es richtete sich ganz überwiegend auf den Aufbau von Selbsthilfestrukturen sowie nachbarschaftlichen Netzwerken – was in sogenannten benachteiligten Quartieren immer wieder beobachtet wird (vgl. Drilling 2012; Busmann 2015; S.T.E.R.N. GmbH 2015). Das führt dazu, dass die Quartiers-/Sozialarbeiter*innen auch diejenigen sind, die die Ehrenamtlichen anleiten. Als vertrauenswürdige Ansprechpartner*innen übernehmen sie eine Scharnierfunktion zu den hauptamtlich Verantwortlichen.

2 Die Ergebnisse der Untersuchung

Die Forschungsergebnisse erlauben Aussagen hinsichtlich der Integration von Geflüchteten und der integrativen Quartiersarbeit mit Geflüchteten insbesondere im Kontext des Förderprogramms „Soziale Stadt“. In den Interviews wurde immer wieder artikuliert, dass das zivilgesellschaftliche Engagement besonders wertvoll war. Diese Wertschätzung war ein durchgängiges Merkmal der Interviews. So stellte ein*e Interviewpartner*in aus der Gruppe der Profis in Marzahn Nord fest:

„OHNE DIE EHRENAMTLICHE ARBEIT DER BEVÖLKERUNG, HÄTTEN WIR DAS NICHT GESCHAFFT. [...] ICH DENKE SCHON, DASS GERADE IN DER PHASE MASSIVEN ZUZUGS VON GEFLÜCHTETEN EHRENAMTLICHE VIELE AUFGABEN ÜBERNOMMEN HABEN, DIE STAATLICH NICHT SO SCHNELL ZU REALISIEREN WAREN.“

Das zivilgesellschaftliche Engagement war immer dann besonders wichtig, wenn es um die Überwindung von sprachlichen Barrieren ging. Häufig erfolgte dies durch den verstärkten Einsatz von Sprachmittler*innen und niedrigschwelligen Lernangeboten. Betont wurde auch, dass die psychosozialen Folgen der Flucht, aber auch die bestehenden (Existenz-)Ängste und Konkurrenzgefühle bei Teilen der ansässigen Bevölkerung, Beachtung finden mussten. Die Ehrenamtlichen selbst bemängelten hingegen, dass ihre Arbeit zu wenig wahrgenommen wurde. Die ehemals Helfenden sind frustriert, wie eine*r der „Profis“ in Marzahn bemerkte:

VIELE LEUTE SIND TOTAL FRUSTRIERT UND HABEN SICH ZURÜCKGEZOGEN, WEIL SIE GESAGT HABEN: „ICH HABE SO VIEL GEMACHT UND DAS WURDE NICHT WAHrgENOMMEN.“

In diesem Zusammenhang wurde wiederholt die Notwendigkeit einer stärkeren Auseinandersetzung mit den Belangen, Fähigkeiten und Potenzialen der Asylsuchenden betont. In den Interviews wurde mehrheitlich der Wunsch nach einer Förderung eigenmächtiger Handlungen und der aktiven Teilhabe Geflüchteter im Quartier angesprochen. Dies beginne schon damit, dass die Geflüchteten die Einrichtungen selbstständig aufsuchen sollten und sich nicht nur auf die Angebote in den Unterkünften an sich beschränken sollten. Eine Mitarbeiter*in aus Marzahn präziserte bezüglich der Ansätze zum Empowerment:

UND DAS IST EIN THEMA, DAS FÜR UNS GANZ, GANZ WICHTIG IST, DASS DIE GEFLÜCHTETEN MENSCHEN SELBST IN DER UNTERKUNFT MITENTSCHEIDEN KÖNNEN, WAS MIT IHNEN PASSIERT, WAS IN DER EINRICHTUNG PASSIERT [...] DASS DIE MENSCHEN DEMOKRATIE LEBEN KÖNNEN UND AUCH MITMACHEN KÖNNEN. UND LEIDER GAB ES SCHON VERSCHIEDENE VERSUCHE, ABER ES GAB KEINE STRUKTUR, DIE DIESE VERSUCHE UNTERSTÜTZEN KÖNNTE. DIESE VERSUCHE, DIE IN VERSCHIEDENEN EINRICHTUNGEN, VERSCHIEDENEN BEZIRKEN UNTERNOMMEN WURDEN, WURDEN NICHT ERFOLGREICH GENUG – ODER – HABEN NICHT GENUG GESCHAFFT. [...] WIR VERSUCHEN, NICHT NUR ÜBER GEFLÜCHTETE MENSCHEN ZU SPRECHEN, SONDERN, WIE IMMER GESAGT WIRD, MIT GEFLÜCHTETEN MENSCHEN ÜBER IHRE BEDARFE, ÜBER IHRE IDEEN, ÜBER IHR POTENZIAL. [...] ABER UNSER ZIEL IST, DASS SIE SELBST SICH SELBSTSTÄNDIG MACHEN [...] JA, DAS IST EMPOWERMENT. DAS UNTERSTÜTZEN WIR, UND WIR HOFFEN JA, DASS DAS ALLES KLAPPT. [...] DIE MEISTEN MENSCHEN WOLLEN ETWAS MACHEN, DIE WOLLEN ETWAS ZURÜCKGEBEN.

Angesprochen wird von den Interviewpartner*innen immer wieder, dass die bestehenden bürokratischen Vorgehensweisen und die Hürden bei der Einbeziehung neuer Akteure in bestehende lokale Netzwerke, Absprachen etc. aufgrund der komplizierten Situation schwierig seien. Das bestehende Konfliktpotenzial, einerseits der Akteure untereinander und andererseits zwischen den heterogenen Bewohnergruppen vor Ort, potenzierte sich durch die gestiegenen Kommunikations- und Informationsanforderungen mit EU, Bund, Land und Bezirk. Wiederholt genannt wurden Kommunikationsprobleme zwischen den Bezirksämtern und dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

und Wohnen. Das wahrgenommene Defizit wurde vor allem in unklaren bzw. praxisfernen Zuständigkeits- und Verantwortungsverteilungen gesehen. Diese wirkten sich in den beiden Untersuchungsgebieten konkret auf die Arbeit der Quartiersmanagements aus. Die befragten Quartiersmanager*innen bemerkten eine zusätzliche Belastung bezüglich ihrer Funktion als Projektkoordinator*innen, beim Informationsmanagement und bei der Öffentlichkeitsarbeit. Die Interviews machten auch deutlich, dass die befragten Expert*innen als wichtige Ansprechpartner*innen für die Themen der Aufnahme und Integration Geflüchteter sowohl für neue als auch für die bereits etablierten Akteure und Bewohner*innen vor Ort dienten. Sie versuchten dieser Verantwortung auch dann nachzukommen, wenn dies unter Umständen ihre Zuständigkeiten und ihre zeitlichen Möglichkeiten überschritt. Immer wieder wurden private zeitliche und sachliche Ressourcen in Anspruch genommen – vor allem die „Freien“ konnten sich diesem Druck, persönliche Ressourcen einzubringen, nur schwerlich entziehen. Von Seiten des Bezirksamts heißt es zu dieser Problematik der situationsbezogenen Mehranforderungen:

AM ANFANG HABEN DIE QMS DIE AUSSAGE BEKOMMEN: „WIR HALTEN UNS RAUS VON DER SITUATION [...] DAS IST NICHT UNSER ARBEITSBEREICH. WIR KÖNNEN EIN BISSCHEN UNTERSTÜTZEN – INITIATIVEN VIELLEICHT – WENN DAS ORGANISATORISCH FÜR UNSER QUARTIER GUT IST, ABER WIR SETZEN KEINE SCHWERPUNKTE IN DIE ARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN MENSCHEN.“ – NICHTSDESTOTROTZ HABEN UNSERE QMS SICH EINGEBRACHT UND AUCH SEHR AKTIV GEARBEITET. [...] DIE QMS UNTERSTÜTZEN AUCH UNS. – SELBST WENN DIE SENATSVERWALTUNG NOCH NICHT GESAGT HAT: „SO KÖNNEN WIR DAS MACHEN.“ HABEN SIE DAS GEMACHT. ABER [...] DAS BETRIFFT SO ODER SO IHRE ARBEIT. [...] UND NUN HOFFEN WIR AUCH, DASS DIE TRÄGER DES QMS AUCH SO WIE BISHER FÜR DIE ARBEIT MIT UNS OFFEN BLEIBEN.

Direkte und indirekte Auswirkungen der Fluchtmigration auf die Quartiersarbeit

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass sich die verstärkte Aufnahme der geflüchteten Menschen auf die verschiedenen Handlungsfelder der Quartiersarbeit **direkt und indirekt** auswirkte. Die direkten Auswirkungen ließen sich festmachen an

- der **zielgruppenübergreifenden Netzwerkarbeit und Alltagsorientierung**, da z. B. neue Akteure in bestehende lokale Netzwerke einbezogen werden mussten und zusätzliche Absprachen etc. anfielen.
- der **Integrationsarbeit**, da eine neue Auseinandersetzung mit den Belangen, Fähigkeiten, Potenzialen geflüchteter Menschen und zusätzliche bürokratische Notwendigkeiten und anzupassende Vorgehensweisen sowie einen erhöhten Bedarf an Sprachkursen u. ä. mit sich brachte.
- der **Präventionsarbeit**, die aufgrund der traumatischen Erfahrungen vieler Geflüchteter und der bestehenden Existenz- und Konkurrenzängste der angestammten Quartiersbewohner*innen, wichtiger wurde.

Es gab auch eine Reihe von indirekten Auswirkungen. Hierzu gehören zusätzliche Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozesse in den Quartieren. So wirkten sich zum Beispiel die Zunahme rechts-konservativen Wahlverhaltens und das Bestehen fremdenfeindlicher bis rechtsextremer Einstellungen nach der verstärkten Fluchtmigration erschwerend auf die Quartiersarbeit aus. Die Mehrheit der Interviewten nahm eine Tendenz der „Spaltung“ der Quartiersbewohnerschaft bezüg-

lich der Arbeit für und mit Geflüchteten im Quartier wahr. Es wurde Druck auf die ausgeübt, die sich für Geflüchtete engagierten. Ein*e Interviewpartner*in, die der Gruppe der Freien angehört, berichtete:

ICH HABE [...] GESPRÄCHE GEHABT MIT EHRENAMEMLICHEN HIER IM STADTEIL, DIE MIR GESAGT HABEN, DASS DIE STIMMUNG POLITISCH SO SCHLECHT IST IM QUARTIER, DASS SIE AUCH NICHT MEHR IN IHREM EIGENEN FREUNDESKREIS ODER BEKANNTEKREIS ERZÄHLEN KÖNNEN, DASS SIE EHRENAMEMLICHE ARBEIT MIT ODER FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN LEISTEN.

Abgesehen von der „schlechten Stimmung“ in den Quartieren, waren es vor allem die bereits unzureichenden Ressourcen, Infrastrukturen und die fehlende Kommunikation, die im Kontext der Fluchtmigration noch stärker auffielen – vor allem dann, wenn eine Regelfinanzierung nicht gegeben war. Dies zog einen weiteren Rückzug von Akteuren, Vereinen und Ehrenamtlichen nach sich. Die bekannten Schwierigkeiten bei der Aktivierung und Partizipation von Bewohner*innen bestehen parallel weiter und zwar trotz der beobachtbaren temporären Zunahme des ehrenamtlichen Engagements.

Einflussgrößen und mögliche Stellschrauben der kommunalen Handlungspraxen

Durch die Interviews wird deutlich, dass maßgeblich drei Einflussgrößen über den Grad der direkten und indirekten Auswirkungen der Fluchtmigration auf die Quartiersarbeit bestimmten:

- Die Lage der Gemeinschaftsunterkunft innerhalb oder außerhalb bzw. in direkter Nachbarschaft des Quartiers und die allgemeine Wohnsituation der Geflüchteten
- Die Art und Weise und der Grad der Vernetzung der lokalen Akteure sowie deren Selbständigkeit bzw. Unabhängigkeit vom Quartiersmanagement und die damit verbundene Ausrichtung der integrativen Quartiersarbeit vor Ort
- Die grundsätzliche Akzeptanz der Quartiersbewohnerschaft gegenüber der Aufnahme von und der Arbeit mit Geflüchteten.

In beiden Quartieren war die dritte Einflussgröße die wirkmächtigste. Es wurde von erheblichen Schwierigkeiten im Arbeitsalltag der befragten Akteure berichtet und eine Polarisierung der Bevölkerung wahrgenommen. Die beiden ersten Einflussgrößen unterscheiden sich in den beiden Untersuchungsgebieten. Im Gegensatz zu dem „Soziale Stadt“-Gebiet QMG W befand sich die Geflüchtetenunterkunft im QMG O relativ zentral im Quartier und fiel so in den direkten Zuständigkeits- und Förderbereich des Quartiersmanagements. Indessen war die fach- und themenübergreifende Vernetzung und Absprache der lokalen Akteure, Einrichtungen, Vereine, Projekte etc. im QMG O noch nicht so weit fortgeschritten und institutionalisiert wie im QMG W. Den Interviewaussagen nach zu urteilen, überlagerten sich die ersten beiden Einflussgrößen im QMG O stark und trugen zu einer relativ höheren Belastung und Aufgabenerweiterung bei. Hiervon betroffen war insbesondere das Quartiersmanagement-Team. Im QMG W hatten die beiden Einflussgrößen hingegen eine eher entlastende Wirkung auf die Arbeit und Verantwortungsübernahme des Quartiersmanagements. In diesem Fall lag die Gemeinschaftsunterkunft in fußläufiger Nachbarschaft, also

im erweiterten Einflussgebiet des QM, aber nicht innerhalb der Förderkulisse der „Sozialen Stadt“. Dadurch vergrößerten sich die Reichweite und das inhaltliche Angebot der Gruppe der „Freien“. Sie konnten auf ein bereits etabliertes Netzwerk (Netzwerk Gropiusstadt)-zurückgreifen. Dieses Netzwerk hatte seinen Schwerpunkt auf integrativer Quartiersarbeit und tauschte sich über die Belange Geflüchteter bei ihrer Aufnahme und Integration mit lokalen Einrichtungen, Organisationen und Trägern aus. Dieses Netzwerk arbeitete auch mit dem „Willkommensbündnis Südneukölln“ zusammen und bot damit den „Freien“ eine bessere Arbeitsgrundlage. Im QMG W fand sich also eine länger und besser vorbereitete Ausgangslage.

Die Lage der Unterkünfte erwies sich als außerordentlich wichtig für eine gelingende Integrationsarbeit. Von den Interviewpartner*innen wurde eine Randlage von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete abgelehnt, genauso wie eine dauerhafte bzw. längere Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Ein*e Gesprächspartner*in aus der Gruppe der „Freien“ brachte es so auf den Punkt:

ALSO ICH BIN PERSÖNLICH EIN ABSOLUTER BEFÜRWORTER VON DEZENTRALER UNTERBRINGUNG, WEIL ICH GLAUBE, DASS ES EINFACH EINE RIESIGE BELASTUNG FÜR MENSCHEN IST, DIE EH SCHON VIELFACH TRAUMATISIERT SIND, MIT DEN UNTERSCHIEDLICHSTEN MENSCHEN AUF SO EINEM ENGEN RAUM ZUSAMMENZULEBEN. DA SIND KONFLIKTE EINFACH VORPROGRAMMIERT. UND GERADE DIESE GANZEN JUNGEN MENSCHEN AUCH, DA IST EINFACH DAS WICHTIGSTE, DASS DIE MÖGLICHST BALD EIGENEN WOHNRAUM UND AUSBILDUNG ODER ARBEIT FINDEN.

Berichtet wurde außerdem, dass lagerähnliche Unterbringungsformen für Geflüchtete „Räume“ bildeten, die zwar einerseits deren persönlichen Schutz, aber andererseits auch deren Abgrenzung gegenüber der restlichen Bevölkerung sowie verallgemeinernde Gruppenzuschreibungen verstärkten. Sie wirkten sich im Quartier in einer ersten Phase jedoch strukturierend, definierend und regulierend aus. Darüber hinaus beförderten die Interviews zu Tage, dass für viele der Interviewpartner*innen die Arbeit in den Geflüchtetenunterkünften eine weitere prekäre oder ehrenamtliche Beschäftigung darstellte und von ihnen daher kaum als berufliche Perspektive angesehen werden konnte. Häufige Betreiberwechsel (vor allem im QMG W) verstärkten diesen Eindruck. Auch wirkte sich die Unterbringungsart der Geflüchteten auf die Motivation sowie auf die längerfristige Planung und die Handlungsspielräume der Akteure aus. Die Kombination von Betreiberwechsel und kurzfristigen Verträgen erschwerte den Aufbau einer funktionierenden Betreuungsstruktur und enger soziale Beziehungen, die wiederum die Vertrauensbasis für eine nachhaltige Quartiersarbeit bilden. So konnte die integrative Quartiersarbeit zwar „Räume“ öffnen, verbinden und Ausgrenzungsprozesse verringern und stellte bezüglich der Geflüchteten ein bisher stark reagierendes und wichtiges Feld auch im Bereich der sozialen Stadtentwicklung dar. Doch die zentrale Unterbringung der Geflüchteten, d.h. abgesondert von der restlichen Wohnbevölkerung, erschwerte die Integrationsarbeit.

Zusätzlich trug der strukturelle Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Berlin und auch in den untersuchten Quartieren selbst dazu bei, dass Geflüchtete selten aus Gemeinschaftsunterkünften auszogen. Einer der wichtigsten Befunde

der Untersuchung ist, dass komplizierte bürokratische Verfahren, wie etwa das Antragsverfahren für die Vermittlung von Wohnungen an Geflüchtete, den Integrationsprozess blockierten. Verschiedentlich wurden zum Teil stark diskriminierende, xenophobe Verhaltens- und Sichtweisen der Vermieter und Makler oder in den Bezirks- und Bürgerämtern erwähnt, die hierzu beitrugen. Dies wirkte direkt auf die aktive Teilhabe und das Engagement der Geflüchteten in ihrem Sozialraum. Ein*e Interviewpartner*in der Gruppe der „Profis“, unterstreicht wie stark sich hier persönliche Motive und strukturelle Gegebenheiten vermischen:

WER ES GESCHAFFT HAT, IN EINE WOHNUNG ZU ZIEHEN, DER HAT JA SCHON EIN ZIEMLICH LANGES UND MÜHSELIGES VERFAHREN HINTER SICH. [...] ES GIBT ZWEI HEMMNISSE. JEMAND, DER SICH NOCH IM ASYLVERFAHREN BEFINDET, HAT HÄUFIG ANGST, SICH GESELLSCHAFTLICH ZU ENGAGIEREN, WEIL ER NACHTEILE FÜR SEIN VERFAHREN BEFÜRCHTEN KÖNNTE, SAGE ICH MAL. DAS IST DIE EINE SEITE. JEMAND, DER ABER DIESES VERFAHREN ZUMINDEST FÜR EINEN BESTIMMTEN ZEITRAUM ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN HAT, KONZENTRIERT SICH DANN IM WESENTLICHEN ERST MAL AUF SICH UND SEINE FAMILIE UND IST AUCH NICHT UNBEDINGT GEWILLT, SICH JETZT DARÜBER HINAUS EHRENAMTLICH GESELLSCHAFTLICH ZU ENGAGIEREN. ALSO DAS SIND SO ZWEI HERAUSFORDERUNGEN, VOR DENEN WIR HIER AUCH STEHEN.

Diesbezüglich wurde auch angemerkt, dass es bei der Quartiersarbeit und auch im Sinne des Programms „Soziale Stadt“ im Grunde darum geht, die Quartiersbewohnerschaft in ihrer Gesamtheit in den Blick zu nehmen und dementsprechend nachbarschaftlich orientierte, allgemein sozial integrative Projekte zu fördern und nicht separate Projekte für Migrantengruppen bzw. Geflüchtete. Durch eine solche Herangehensweise würden Geflüchtete auch eher als Teil der Bewohnerschaft des Quartiers wahrgenommen und angesprochen. Wenn sie Wohnungen erhielten, so hieß es, wären sie eher in das Quartier integriert. Diese Erkenntnis führte in der Praxis in Einzelfällen dazu, dass die QMs bei der Wohnungssuche halfen und bestehende Kontakte zu Wohnungsunternehmen, Geschäftsführern, Sozialmanagern etc. nutzten.

Die Fluchtmigration und das Programm Soziale Stadt

Die Befunde der Untersuchung zeigen, dass neben den Kontextbedingungen der „benachteiligten“ Quartiere die prinzipiell vorhandenen Schwächen des Programms „Soziale Stadt“ durch die Fluchtmigration noch deutlicher wahrgenommen wurden. Die zeitlich begrenzte finanzielle Förderung von Projekten im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ und die Unsicherheit hinsichtlich des Umfangs des Fördermittels vor Ort und der fehlenden Perspektive einer Regelfinanzierung führen dazu, dass eine nachhaltige Wirkung des Programms in Frage gestellt wurde. Die in der Fachliteratur beschriebene Problematik der Fördermittelvergabestruktur bestätigte sich also. Durch den Fokus auf baulich-investive Maßnahmenförderung konnten nicht-investive Maßnahmen, d. h. sozial-integrative Projekte nur unzureichend gefördert werden. Dem entgegen stehen jedoch die umfangreichen und ambitionierten Ziele des Programms „Soziale Stadt“ und insbesondere des Quartiersmanagementverfahrens in Berlin, das überwiegend den Handlungsschwerpunkten integrativer Quartiersarbeit folgt und z. B. die Bewohner*innenbeteiligung und -aktivierung stärken soll. Es bestanden deshalb Forderungen der Interviewten (insbesondere in der Gruppe der Freien) nach einer länger-

fristigen Weiterentwicklung der Programmatik, um für alle engagierten Akteure mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit bieten zu können. Außerdem plädierten die Interviewpartner*innen für mehr Ressourcen für eine verstärkte und situative Integrationsarbeit in den Quartieren und vor allem für eine niedrigschwellige Zugänglichkeit des Programms. Die Mehrheit der Interviewpartner*innen der Gruppe B hätte sogar eine personelle und finanzielle Erweiterung des QMs oder anderer lokaler Einrichtungen bevorzugt, um die integrative Quartiersarbeit vor Ort zu stärken, anstatt neue oder andere Förderprogramme im Quartier zu etablieren:

ICH HÄTTE ES SINNVOLLER GEFUNDEN, MAN HÄTTE DAS PROGRAMM „SOZIALE STADT“ AUFGESTOCKT. JETZT HAT MAN NOCH MAL EIN EXTRAVERFAHREN UND DIESE EU-VERFAHREN, DIE SIND EINFACH SO AUFWÄNDIG UND IN DER ABRECHNUNG KOMPLIZIERT USW. AUCH FÜR DIE TRÄGER WÄRE ES EINFACHER GEWESEN, WEIL BEI DER „SOZIALEN STADT“ WISSEN WIR LANGSAM, WIE DAS FUNKTIONIERT. [...] UND, DASS EINFACH KLAR SEIN SOLLTE: DAS THEMA GEFLÜCHTETENARBEIT IST EIN TEIL DER „SOZIALEN STADT“.

Auch das derzeitige Quartiersmanagementverfahren in Berlin müsse nach Ansicht der Interviewten weiterentwickelt werden, um die die Teilhabe der Bewohnerschaft und hinzukommender Migrant*innen und Geflüchteter an gesellschafts- und stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen und Prozessen zu steigern. Es wurde im Kontext der verstärkten Fluchtmigration auch hier deutlicher, dass die bürokratischen Denk- und Verfahrensweisen zu Exklusion beitrugen und eine integrative Quartiersarbeit erschwerten, wie ein*e Interviewpartner*in der „Profis“ s verdeutlichte:

DIE GANZEN ANTRAGSVERFAHREN UND DIE UMSETZUNG VON SELBST KLEINSTEN PROJEKTEN SIND AUCH FÜR DIE TRÄGER, DENKE ICH MAL, HÄUFIG SEHR SCHWIERIG. UND WIR REDEN JA IMMER VON VERSTETIGUNG, DAS HEISST, DIE TRÄGER SOLLTEN EIGENTLICH JA JETZT SCHON IN DER LAGE SEIN, WEITESTGEHEND SELBST ALLE VERFAHREN BEDIENEN ZU KÖNNEN, WAS NACH MEINEM EINDRUCK NICHT DER FALL IST. ALSO, ODER DAS QUARTIERSMANAGEMENT MUSS HÄUFIG VIEL ARBEITEN ÜBERNEHMEN, DIE EIGENTLICH DER TRÄGER SCHON SELBER MACHEN SOLLTE. DAS MAG EINERSEITS AN DEN TRÄGERN LIEGEN, ANDERERSEITS ABER AUCH AN DER ÜBERAUS HOHEN KOMPLIZIERTHEIT DIESER GANZEN VERFAHREN. ALSO HIER VERSCHLANKEN UND VEREINFACHEN, DENKE ICH MAL, DAS WÄRE FÜR ALLE EINE SEHR SINNVOLLE PERSPEKTIVE.

Für die Interviewpartner*innen war die integrative Quartiersarbeit ein zentraler Bestandteil des Programms „Soziale Stadt“ und müsste dementsprechend auch stärker danach ausgerichtet werden. Wie es ein*e „Freie*r“ hinsichtlich der aufgenommenen Geflüchteten im Quartier beschreibt:

DIE PROBLEMATIK, DIE WIR SOWIESO SCHON IM PROGRAMM „SOZIALE STADT“ HATTEN, WIRD AM BEISPIEL DER GEFLÜCHTETEN EINFACH BESONDERS DEUTLICH. [...] ES GEHT UNS JA UM SOZIALE INTEGRATION. ES GEHT ALSO AUCH UM DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT [...] DAS KONZEPT „QUARTIERSMANAGEMENT“, DASS ES EBEN GEBIETE SIND, DIE ABGEHÄNGT WERDEN KÖNNTEN VON DER GESAMTSTADTENTWICKLUNG UND DIE EINZUBINDEN. UND WENN MAN WIRKLICH DEN ANSPRUCH HAT, DIESE MENSCHEN ZU ERREICHEN UND GANZ BESONDERS DIE GEFLÜCHTETEN, DANN MÜSSTE DAS PROGRAMM EINFACH VIEL, VIEL EINFACHER GESTALTET WERDEN, DASS WIRKLICH DIE MENSCHEN DARAN PARTIZIPIEREN KÖNNEN. UND DA SIND WIR HALT WIEDER BEI DEM PUNKT: JA, WOLLEN WIR JETZT MENSCHEN, DIE BENACHTEILIGT SIND, EINE STIMME GEBEN ODER DIE HÜRDEN HALT SO GROSS FÜR SIE MACHEN, DASS DAS NICHT GEHT?

3 Zusammenfassung und Ausblick

Die beiden hier untersuchten Gebiete, Marzahn und Gropius-Stadt haben seit 2014/15, unabhängig von ihrer Einordnung als „benachteiligte“ Quartiere und der damit einhergehenden Problemlagen, verstärkt Geflüchtete aufgenommen und versorgt. Die indirekten Auswirkungen der erhöhten Zahl aufzunehmender Geflüchteter sind nur im Zusammenhang mit den bereits davor bestehenden Problemlagen in den Untersuchungsgebieten zu betrachten und zu verstehen. Aus der tendenziell wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung der Bewohnerschaft beider Quartiere resultieren, den Untersuchungsergebnissen nach zu urteilen, vorrangig diese sich überlagernden Aspekte, die in Verbindung mit der verstärkten Aufnahme Geflüchteter von Bedeutung sind und durch diese nochmals deutlicher zu Tage treten.

Soziales Vertrauen kann gerade für die Integration von Personen mit Flucht- und möglicherweise traumatischen Erfahrungen von entscheidender Bedeutung sein. Dieses Vertrauen kann eher in „offenen“ und dennoch stabilen Nachbarschaften entstehen. Die beiden QM-Gebiete waren bereits vor der verstärkten Aufnahme Geflüchteter starken Belastungsproben ausgesetzt und sind dies weiterhin.

Die Forschungsarbeit zeigt die Notwendigkeit einer stärkeren interdisziplinären und ressortübergreifenden Zusammenarbeit, innerhalb derer die Akteure der integrativen Quartiersarbeit als Experten für sozialraumbezogene, alltagsnahe und praktikable Lösungsstrategien und Fördermöglichkeiten fungieren und Anknüpfungspunkte und -bereiche für die Zusammenarbeit darstellen bzw. deren Schwachstellen offenlegen können. Aus den Ergebnissen ist zu folgern, dass die lokalen Akteure und Ehrenamtlichen vor Ort die Integrationsprozesse in ihrer Vielfalt nicht allein tragen und verantworten können. Sie brauchen starke Partner und Unterstützung, gerade auch im Hinblick auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Insbesondere die aus Krisengebieten kommenden Geflüchteten sind eine besonders vulnerable Migrationsgruppe, die nicht selten von Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen betroffen ist und aufgrund traumatischer Erlebnisse verstärkt psychosoziale Unterstützung benötigt. Auch wurde deutlich, dass eine vielfältige Quartiersarbeit für die untersuchten Stadtteile generell, besonders aber auch in Bezug auf die Aufnahme und Integration Geflüchteter, von Bedeutung ist, da nicht die persönliche Ebene von einzelnen Akteur*innen oder Bewohner*innen im Vordergrund steht, sondern die Förderung der Motivation und Mitarbeit aller Quartiersbewohner*innen in der Gemeinschaft. Dies kann dazu beitragen, dass der Integrationsprozess unterschiedlicher Migrationsgruppen auf Quartiersebene als ein von allen Gesellschaftsmitgliedern zu gestaltender Prozess, der am Gemeinwohl orientiert ist, verstanden wird (vgl. Oelschlägel 2013; Becker 2014).

Aus den Untersuchungsergebnissen lässt sich zudem folgern, dass die Wirkungsmacht des Programms „Soziale Stadt“ und die der Quartiersmanagements in Bezug auf die Belange und Integration/Inklusion Geflüchteter begrenzt ist, aber dennoch eine wichtige Rolle einnimmt. Der geplante Rückzug des Programms „Soziale Stadt“ bis 2021 (Verstetigungsphase) kommt somit zu einem ungünstigen Zeitpunkt in beiden Quartieren. Er steigerte bestehende Ängste und Unsicherheiten der

interviewten Akteur*innen. Es ergaben sich bei den Interviewten zum Teil Zweifel, ob Quartiere der „Sozialen Stadt“ geeignete Ankunfts- und Integrationsorte für neu aufzunehmende Geflüchtete darstellten. Die interviewten Akteur*innen nahmen diesbezüglich sowohl Vor- als auch Nachteile wahr und verbanden sowohl Chancen und Hoffnungen als auch Risiken und Ängste mit der Aufnahme Geflüchteter in ihrem Quartier. Die Interviews belegen, dass neben den Kontextbedingungen sogenannter „benachteiligter“ Quartiere auch die bestehenden kritischen Aspekte und Schwierigkeiten bezüglich des Programms „Soziale Stadt“ durch die starke Fluchtmigration noch deutlicher wurden. Dabei spiegelt sich eine Ambivalenz von theoretischer Zielsetzung und praktischen Möglichkeiten bzw. bestehendem Handlungsrahmen wieder. Es stellt sich die Frage, ob das Programm „Soziale Stadt“ in Zukunft seine etablierte Position im Bereich der Quartiersentwicklung einschränken oder ausbauen sollte. Die Quartiersmanagements nehmen in beiden Quartieren eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung zwischen städtischer Verwaltung und Quartiersebene ein, die momentan noch von keinem anderen Akteur oder keiner anderen Einrichtung übernommen werden kann und dessen Arbeit essenziell hinsichtlich einer wahrgenommenen Polarisierung bis Spaltung der Quartiersbewohnerschaft ist. Nach Ansicht der Interviewten sollten in jedem Fall Parallelstrukturen vermieden werden und neue Programme an den bestehenden Strukturen anknüpfen oder diese zusätzlich fördern, wie z. B. das Berliner Programm BENN („Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“). In jedem Fall müssten Geflüchtete, um sie in Stadtentwicklungsprogrammen wie der „Sozialen Stadt“ mitdenken und an ihnen teilhaben zu lassen, wie in der sozialraumbezogenen Quartiersarbeit angelegt, als nicht zu vernachlässigender Teil der Stadtgesellschaft angenommen werden. Der Fokus müsste auf der gemeinschaftlichen Lebensraumgestaltung liegen. Hierfür war es bereits jetzt für viele Quartiersarbeiter*innen erstrebenswert, Geflüchtete, trotz oder gerade wegen ihrer höchst vulnerablen Lebenssituation, als Nachbarn und Quartiersbewohner*innen in ihre Projekte zu integrieren und zu stärken. Auf diese Weise wollten sie bestehende Ängste und Distanzen in ihrem Quartier abbauen. Wir möchten hier mit einem positiven Ausblick schließen und geben dazu einer Interviewpartner*in der „Profis“ das letzte Wort:

Der Fluchthintergrund muss nicht immer präsent sein [...] Wenn ich einem Menschen begegne, ist es eine Person, nicht ein Geflüchteter. So viele falsche Ideen, dass immer noch einige Leute Angst haben und wegen dieser Angst leider eher negativ geprägt sind in Bezug auf die Aufnahme von geflüchteten Menschen. Aber es gibt auch immer mehr Nachbarn, die sagen: Am Anfang hatte ich so viel Angst, aber es passiert ja gar nichts. [&] Also die Nachbarschaften haben auch gemerkt: Es passiert nicht so viel. Es gibt nicht so eine Katastrophe. Selbst das Eigentum der Menschen verliert nicht an Wert.

1 Die hier vorgestellten Ergebnisse der empirischen Untersuchung sind der Masterarbeit „Auswirkungen der erhöhten Zahl aufzunehmender Geflüchteter in Berlin seit 2014/2015 auf die integrative Quartiersarbeit im Rahmen des Programms Soziale Stadt in den Quartiersmanagementgebieten Gropiusstadt und Marzahn Nord von Lisa Sophie Sommerfeld, (Berlin 2017) entnommen.

Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2019): Berliner Wahlergebnisse. Wahlgebietseinteilung. <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/EU2019/Wahlkreiseinteil/wahlkreiseinteil.asp>
- Becker, M. (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit; In: Reihe Handlungsfelder Sozialer Arbeit. Stuttgart.
- BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.
- Busmann, G. (2012): Bürgerschaftliches Engagement als Wirkungsfeld. In: Blandow, R. (Hrsg.): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Wiesbaden: S.197–216.
- Drilling, M.; Schnur, O. (Hrsg.) (2012): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven. In: Reihe Quartiersforschung. Wiesbaden.
- Franke, T.; Schnur, O.; Patrick, S. (2017): Geflüchtete in der Sozialen Stadt. Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration. In: DIfU Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Sonderveröffentlichungen. Berlin.
- Hillmann, F.; Alpermann, H. (2018): Kulturelle Vielfalt in Städten. Fakten. Positionen. Strategien. Hrsg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh.
- Oelschlägel, D. (2013): Geschichte der Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Stövesand, S.; Stoik C.; Troxler, U. (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der sozialen Arbeit, Nr. 4. Opladen: S. 181–201.
- Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, M. (2013): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. In dies. (Hrsg.): Quartiersforschung. Wiesbaden.
- Stegen, R. (2006): Die Soziale Stadt. Quartiersentwicklung zwischen Städtebauförderung, integrierter Stadtpolitik und Bewohnerinteressen. Dissertation an der TU-München. Schriften des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie (Band 3).
- S.T.E.R.N. GmbH (2015): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2016–2018. Quartiersmanagement Lipschitzallee / Gropiusstadt. Berlin.
- SVR Sachverständigenrat deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2019): Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019.
- ZEIT ONLINE (2019): Viele Straftaten gegen Geflüchtete registriert <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/fluechtlinge-innenministerium-straftaten-gewalt-statistik>.